

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 11

Artikel: Beirut : das Paris des Nahen Ostens liegt in Scherben

Autor: Matzken, Heino

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-905663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Beirut: Das Paris des Nahen Ostens liegt in Scherben

Trümmer und Glasscherben bestimmen auch Wochen nach der verheerenden Detonation im Hafen von Beirut immer noch das Erscheinungsbild von Ashrafieh, des christlichen Stadtteils direkt gegenüber der Unglücksstelle. Die Explosion von 2750 Tonnen Ammoniumnitrat rissen nicht nur einen 40 Meter tiefen Krater ins Hafenbecken und liessen Zehntausende Fenster zerbersten, sondern stürzten das gebeutelte Land in eine weitere schwere Krise. 190 Menschen starben und über 6500 erlitten Verletzungen. Ein erneuter, tragischer Weckruf nach Reformen – politisch und gesellschaftlich!

Heino Matzken

Das «Paris des Nahen Osten» hat endgültig sein Flair als mondänes, blühendes, wirtschaftlich pulsierendes und kulturelles Zentrum des Orients verloren. Nach einem 15-jährigen Bürgerkrieg Ende des letzten Jahrhunderts, Ermordung des Premierministers Rafic Hariri 2005, der israelischen Militäroperation 2006 sowie einer korrupten und ineffizienten Verwaltung in den letzten Jahren entluden sich die negativen Entwicklungen bereits im

Herbst 2019. Die Bevölkerung, besonders der gut ausgebildete und jüngere Teil, brachte seinen Unmut lautstark auf der Strasse zum Ausdruck. Massendemonstrationen beklagten in der «Schweiz des Nahen Ostens» im September 2019 sowohl die Wirtschafts- und Währungskrise als auch vor allem das seit dem Nationalpakt von 1943 reformresistente politische System.

Nun, zehn Monate später, offenbarte die weltweit viertgrösste von Menschen verursachte Explosion (ausgenommen atomare Detonationen) die Komplexität

der Verantwortungen sowie die Machtlosigkeit der Regierung. Mehr und mehr Libanesen – religionübergreifend – verlieren die Hoffnung. Nicht nur die Visa-Anträge, auch die Versuche der illegalen

Das libanesische Pfund im freien Fall: Am 29.9.2020 bekam man auf dem Schwarzmarkt gute 8000 Pfund für 1 US\$, wo der amtliche Wechselkurs lediglich 1500 Pfund für 1 US\$ hergab.

Explosion in Beirut am 4. 8. 2020. Bild: Watson



Auswanderung über das Mittelmeer steigen seither merklich an. Die Wirtschaft und das Finanzsystem stehen am Abgrund. Eine dubiose Geldpolitik gekoppelt mit einem massiven Devisenabfluss der reichen Eliten ins «sichere» Ausland

steigen, folgen auch die für Grundnahrungsmittel. Sobald die aktuell noch aufrechterhaltene starke Subvention von Benzin wegfällt, droht eine erneute Demonstrationswelle. Beirut und der Libanon liegen in Scherben, im wahrsten Sinne des Wortes!

beherrschte, war der Einfluss der Zentralmacht aus Istanbul nur begrenzt. Über die Jahrhunderte nutzten diverse Bevölkerungsgruppen, z.B. Christen und Drusen, das militärisch weitgehend unzugängliche Gebirge des Libanon als Rückzugs-

«Die religiöse Heterogenität fand ihre politische Umsetzung und somit Zementierung in der Verfassung von 1926; sie legt die Verteilung von Schlüsselpositionen fest.»

könnte in naher Zukunft zum endgültigen Staatsbankrott des Libanon führen. Bereits im März 2020 erklärte die damalige Regierung unter dem aktuellen «Care-Taker», dem geschäftsführenden Premierminister Hassan Diab, eine fällige 1,2 Milliarden-Dollar-Anleihe nicht mehr bezahlen zu können. Während seither die Preise vor allem für importierte Waren stark

Übergangsregierung

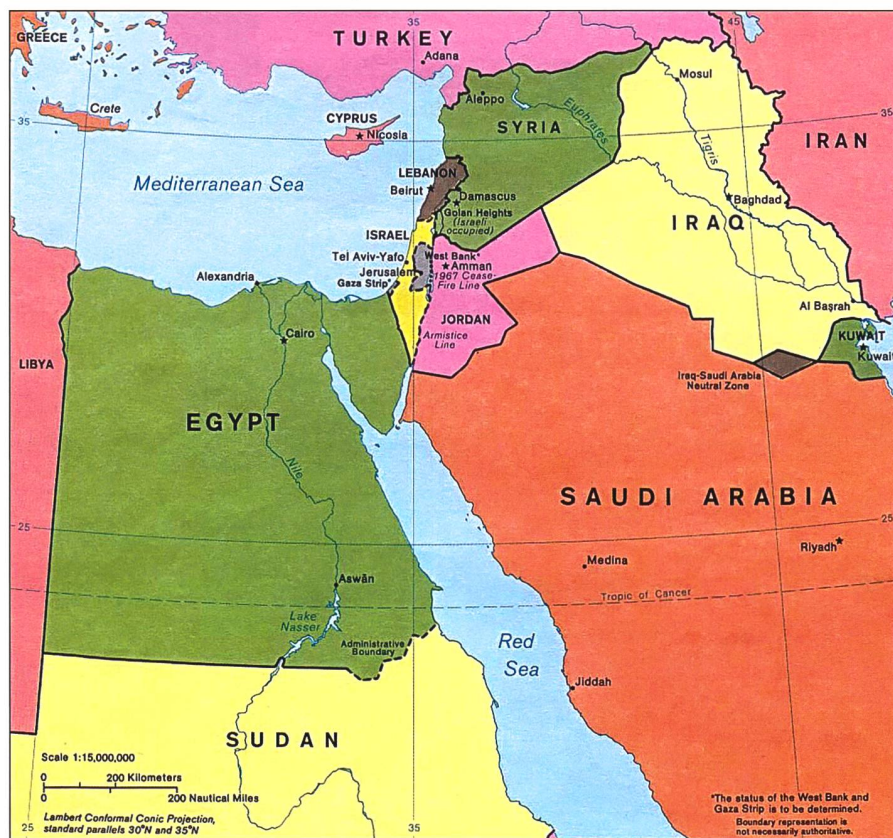
In dieser scheinbar ausgewogenen Lage erklärte der französische Präsident Macron die Zukunft des Libanon zur Chefsache. Er besuchte das Land am Mittelmeer zweimal innerhalb von vier Wochen. Mit Diplomatie und politischem Druck drängte Paris auf eine schnelle Bildung einer Übergangsregierung. Diese sollte dann notwendige fundamentale Reformen zumindest einleiten, bevor Neuwahlen im nächsten Jahr ein repräsentatives Parlament hervorbringen. Doch der Regierungsbildungsprozess des nominierten, aber politisch unbekanntem Premierministers Mustapha Adib (Botschafter in Berlin) scheiterte vorerst. Gleichzeitig offenbarte es das grundlegende Problem, unter welchem der Libanon seit seiner Gründung vor genau 100 Jahren lebt – dem selbst auferlegten Religionsproporz. Schon in der Zeit, als das Osmanische Reich das Gebiet, welches lediglich ein Viertel der Grösse der Schweiz ausmacht,



Mustapha Adib ist mit der Regierungsbildung gescheitert. Bild: Wikipedia

ort und entwickelten ihre eigenen autonomen Gebiete. Frankreich übernahm früh eine Art «Schutzmacht-Rolle» für die als Maroniten bekannten Christen. Besonders nach dem Ersten Weltkrieg zeichnete Paris für den «Zuschnitt» und die «Struktur» des Landes verantwortlich. Als vom Völkerbund offiziell beauftragte Mandatsmacht setzte Paris eine Teilung Gross-Syriens in zwei Staaten durch. Um den bis dahin nicht existierenden Libanon «lebensfähig» zu machen, umfasste das neue Staatsgebiet nicht allein das maronitisch dominierte Libanongebirge, sondern weitere Gebiete. Die geographische Definition der Republik Libanon vereinte darüber hinaus die sunnitischen Hafenstädte Beirut und Tripolis, die schiitische Bekaa-Ebene sowie das drusische Schuf-Gebirge mit dem maronitischen Libanongebirge. Seither erkennt das Land am Mittelmeer offiziell 18 Religionsgemeinschaften an. Diese religiöse Heterogenität fand danach ihre politische Umsetzung und somit Zementierung in der Verfassung von 1926. Sie legte die verbindliche Verteilung von Schlüsselpositionen in Regierung und Administration fest. Trotz leichter Änderungen – besonders durch das Abkommen von Taif 1989 nach dem Bürgerkrieg – widerspiegelt dieser politische Proporz die heutige de-

Libanon. Bild: Landkarten und Stadtplan Index



mographische Entwicklung nicht mehr. Die letzte Volkszählung erfolgte 1932! So ist es nicht verwunderlich, dass vor allem die muslimische Seite – und dort besonders die Schiiten – auf mehr politischen Einfluss hinarbeiten. Das Abkommen von Taif 1989 bewirkte eine moderate Anpassung der Machtverteilung unter den Religionsgruppen. Die Christen stellen seither nur noch 50 Prozent aller Parlamentarier und die Macht des Präsidenten wurde beschnitten. Doch die politischen Schlüsselposition (z.B. Präsident und Armeechef ist Christ, Premierminister ist Sunnit, Parlamentspräsident ist Schiit) blieben im Grunde unangetastet. Das führt bis heute dazu, dass die einzelnen Gruppen primär für die Versorgung ihrer Gefolgsleute und weniger für das Gemeinwohl des Staates eintreten. Klientelismus und Korruption sowie Streit um Verantwortlichkeiten bremsen in den letzten Jahren besonders die Wirtschaft des Landes.

Wirtschafts- und Währungskrise

Ende des 19. Jahrhunderts erlebte der Libanon aufgrund einer starken Seidenindustrie einen ökonomischen Aufschwung, welcher nicht nur die Christen als Produzenten, sondern auch den sunnitisch dominierten Handel förderte. In der Blütezeit nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich der Zedernstaat auch aufgrund des Ölreichtums der Golfregion zum Banken- und Urlaubszentrum des Orients. Nicht umsonst sprach man von der «Schweiz des Nahen Ostens». In der Wiederaufbauperiode nach dem Bürgerkrieg setzte Beirut besonders auf den Bau-, Dienstleistungs- und Tourismussektor. Doch das fast vollständig von Importen abhängige Land durchlief in den letzten Jahren eine Wirtschafts- und Währungskrise, welche gepaart mit desaströsen Corona-Auswirkungen die libanesischen Währung einbrechen liess. Das hervorragend entwickelte Bildungssystem mit diversen auch internationalen Universitäten bringt jährlich eine grosse Zahl von jungen Akademikern hervor, denen die Wirtschaft keine Optionen anbieten kann. Besonders nach der Explosion im Hafen nimmt der Exodus vieler Libanesen und somit ein «brain drain» wieder stark zu.

Doch als wären die innere Heterogenität und ökonomische Krise nicht schon komplex genug, mischten sich immer wieder Interessen von aussen in die libanesi-

sche Politik. Der verheerende Bürgerkrieg zwischen 1975 und 1989 widerspiegelte diese externen Interessen. So kämpften unter anderem Syrien, die Palästinenser und Israel direkt, Frankreich und der Iran (über den «Proxy» Hisbollah) indirekt um Einfluss im Zedernstaat. Bis heute unterstützen diese Staaten verschiedene, oft durch die Konfessionsangehörigkeit bestimmte politische Parteien im 128-köpfigen Parlament.

Aus Angst an Macht zu verlieren und somit von den «Fresstöpfen» ausgeschlossen zu werden, zeigt sich die politische Elite – übrigens religionsübergreifend – «reformunwillig». Die meisten hoffen, wie schon so häufig in den letzten Dekaden, auf externe Finanzspritzen, welche das «System» kurzfristig am Leben erhalten. Doch die üblichen Verdächtigen (Sau-

«Die politischen Schlüsselpositionen bleiben unangetastet. Das führt dazu, dass die einzelnen Gruppen für die Versorgung ihrer Gefolgsleute und nicht für das Gemeinwohl des Staates eintreten.»

di-Arabien, USA, EU und IMF) lehnen diese ohne Reformanstrengungen ab. Wie auch Macron fordern sie eine aus Experten bestehende Übergangsregierung. Jedoch müssten dafür Maroniten, Sunniten und Schiiten ihre Partikularinteressen hinter das Wohl des Staates stellen! Erst dann könnten mit finanzieller Unterstützung von aussen dringende Probleme in der Energieversorgung, Müllbeseitigung oder Infrastruktur angegangen werden. Die verheerende Explosion des 4. Augusts könnte so zumindest die Chance für einen Neuanfang der «Schweiz des Nahen Ostens» bedeuten. Den 4,5 Millionen Libanesen wäre es nach Jahrzehnten der Katastrophen zu wünschen. ■



OTL im Generalstab
Heino Matzken
M.Sc. Ph.D
Deutscher VA in Beirut

Cyber Observer

Trump ist ein nihilistischer Anarchist. Vielleicht seine grösste Stärke. Dass dem so ist, zeigt die Diskussion um «TikTok». Das besonders bei jüngeren Benutzern beliebte



Soziale Netzwerk erlaubt das Aufnehmen und Teilen von kurzen Videos. Manche sind lustig. Viele sind inhaltslos. Ich persönlich schein nicht nur altersbedingt nicht zur Zielgruppe zu gehören. Obschon es TikTok seit 2016 gibt, gab es für Trump erst 2020 Anlass zur Kritik. Er wolle in den USA ein Verbot für den Dienst aussprechen. Begründung: Die Daten US-amerikanischer Nutzer würden ausgehorcht und der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt werden.

Mit dieser irritierenden Argumentation tut sich eine Reihe von Fragen auf.

Frage 1: Was ist daran so neuartig? Antwort: Die Mechanismen von China sind bekannt.

Frage 2: Was ist daran so erstaunlich? Antwort: US-amerikanische Grosskonzerne wie Google, Facebook und Apple tun es ihnen gleich.

Frage 3: Was soll deshalb das Ganze? Antwort: Es ist ein wirtschaftliches Powerplay. Es geht um Eingeständnisse und um die Übernahme des sozialen Netzwerks.

Dieser Fall illustriert uneingeschränkt, dass grosse Internetkonzerne zu einem elementaren Werkzeug geopolitischer Einwirkung geworden sind. Hat man diese vor 20 Jahren noch belächelt, werden sie dank der Sammlung von Daten und dem Einfluss auf ihre Nutzer zunehmend zu einem Zugpferd moderner Entscheidungen.

Dabei darf man ihr Potenzial nicht mit wahrer Leistung verwechseln. Das viel gelobte Silicon Valley mit seinen innovativen Firmen und ihren hellen Köpfen hat gezeigt, dass es im Zuge der Coronapandemie wenig zur Lösung von Problemen in der echten Welt beizutragen hatte.

Das nützliche Sammeln und Auswerten von Daten hat sich auf primitive Contact Tracing Apps beschränkt, die genauso gut ausserhalb des viel gelobten Valleys entwickelt werden konnten.

Marc Ruef
Head of Research, scip AG